

Deutschland: Katholischer Sozialverband will Ehe «schützen»

Der Chef des katholischen Verbandes für "Ethik in der Wirtschaft" behauptet, dass Befürworter der Ehe für alle in Wirklichkeit Heterosexuellen die Ehe wegnehmen wollen.

Der Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV) zeigt Unverständnis für die Forderung nach Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben im Ehe-Recht: "Wie man auf die Idee kommen kann, den Begriff der Ehe auch auf andere Formen menschlicher Gemeinschaften oder Partnerschaften zu übertragen, bleibt wohl das Geheimnis ihrer Erfinder", erklärte KKV-Bundeschef Bernd-M. Wehner in einer vergangener Woche veröffentlichten Pressemitteilung.



Mit der Gleichbehandlung würde der besondere Schutz von Ehe und Familie "immer mehr ausgehöhlt, ja geradezu auf den Kopf gestellt". Er rief daher alle Bürger auf, am Ehe-Verbot für Schwule und Lesben "ohne Wenn und Aber festzuhalten", und erteilte gegenteiligen Forderungen aus der SPD eine Absage.

Wehner behauptete, die Ehe sei "keine Erfindung des Staates". Stattdessen schütze der Staat "aus Eigeninteresse" die Ehe als Rechtsinstitut von Mann und Frau, weil diese potenziell auf Nachwuchs angelegt sei. "Ehe und gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind nicht das gleiche und werden auch durch plakative Forderungen einer 'Ehe für alle' nicht gleich", so der katholische Funktionär.

In einer abenteuerlichen Verschwörungstheorie beschuldigte Wehner in der Pressemitteilung "den Grossteil derer, die heute die 'Ehe für alle' fordern", vor zehn Jahren die Ehe noch als "Ausdruck der patriarchalischen Machtstrukturen" bekämpft zu haben. "Von daher ist es schon merkwürdig, dass auf einmal diese Lebensform für alle möglichen Arten des Zusammenlebens gefordert wird", so Wehner. Er warf daher den Gleichstellungsbefürwortern – immerhin 75 Prozent der deutschen Bevölkerung – vor, ihnen würde es offenbar mehrheitlich im Kern nicht um Gleichstellung, sondern um die Abschaffung der Ehe gehen.

Warnung vor Vielehe und Geschwisterehe

Wehner zitierte die Forderung der SPD-Politikerin Annkathrin Kammeyer, die als Kriterium für die Ehe "füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen" genannt habe. Dann müsse man künftig auch die Vielehe oder die Geschwisterehe zulassen, so Wehner, denn auch hier werde Verantwortung füreinander übernommen.

Immerhin erklärte der Funktionär, dass Schwule und Lesben vor Diskriminierung und Ausgrenzung geschützt werden müssten. Er wehre sich aber dagegen, dass das "besondere Schutzversprechen für Ehe und Familie als Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften diskreditiert" werden würde. "Diskriminierungsvermeidung heisst aber nicht Förderung durch Privilegierung", so Wehner wörtlich. Warum Schwule und Lesben durch Gleichbehandlung privilegiert seien, erklärte der Funktionär jedoch nicht.

Wehner: Ehe-Verbot für Schwule und Lesben "keine spezifisch katholische Sicht"

Die Ablehnung der Gleichbehandlung von Homo-Paaren sei zudem "keine spezifisch katholische Sicht", da die Kirche nicht nur aus dem Evangelium ihre "moralischen und sozialetischen Lehren"

beziehe. Vielmehr basiere diese auf der "Schöpfungsordnung", also den "der Natur zugrundeliegenden Sinnzusammenhängen".

Dem KKV, der eigenen Angaben zufolge zum Ziel hat, die "Ethik in der Wirtschaft" zu fördern, gehören in 80 Ortsgemeinschaften Angestellte, selbstständige Kaufleute, Handwerker, Angehörige freier Berufe und des öffentlichen Dienstes an. Der Wahlspruch lautet: "Ehrlich im Handel – Christlich im Wandel".

Die Deutsche Bischofskonferenz hatte bereits im vergangenen Monat erklärt, dass der Staat am Eheverbot für Homosexuelle festhalten müsse. Erzbischof Heiner Koch führte dafür verfassungsrechtliche Bedenken an und erklärte, nur heterosexuelle Eheleute könnten die "Zukunft der Gesellschaft" sichern.

queer.de / 5.4.2017